

Wahlprogramm

zur Kommunalwahl

2024

Die Linke

Kreisverband
Dahme-Spreewald

Sozial, nachhaltig, weltoffen.

Dahme Spreewald ist unser Zuhause – vom dichtbesiedelten Norden bis hin zum eher ländlich geprägten Süden. Wunderschöne Landschaften, einzigartige Kulturangebote, vielfältiges Engagement und eine Lebensqualität zwischen Natur- und Hauptstadtnähe prägen das Bild. Wir können uns hier wohlfühlen und entfalten! Aber es gibt auch Widrigkeiten und Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt.

DIE LINKE. Dahme Spreewald wirkt als engagierte politische Kraft dafür, das Leben in unserem Landkreis sozial gerecht, nachhaltig und weltoffen zu gestalten. Dafür ist es nötig, die Kommunen finanziell zu stärken und die Mobilität auszubauen. Wir brauchen eine sichere medizinische Versorgung ebenso wie kinder- und familienfreundliche Kommunen. Bildung bedeutet Zukunft, welche es zu fördern gilt. Ebenso ist die Landwirtschaft ein prägender Teil unserer Region. Zu lebenswerten Kommunen gehören ausreichende Beratungs-, Hilfs- und Präventionsangebote, insbesondere für Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche, Senior*innen und Menschen mit Behinderungen. Wir setzen nicht auf Phrasen, sondern Perspektiven!

Dafür setzen wir uns ein:

1. Bildung:

Bildung ist für alle ein Grundrecht und darf nicht von der sozialen Situation, Herkunft, Alter oder Geschlecht abhängig sein. Unser Anspruch ist es, jedem Kind und jeder heranwachsenden Person gleiche Chancen auf Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit zu garantieren. Bildung betrachten wir als Schlüssel dafür. Dazu fördern wir beispielsweise die Einrichtung von „Schulen der Vielfalt“. Elementar ist es, eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung zu gewährleisten, die Zusammenarbeit von Schule und

Jugendhilfe weiter auszubauen sowie ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Aber Bildung hört nicht mit Beendigung der Schulzeit auf. Die Teilhabe aller Einwohnenden am lebenslangen Lernen und inklusive Bildungsarbeit haben für uns oberste Priorität.

Kinderbetreuung:

- Wohnortnahe Kitas mit flexiblen Betreuungsangeboten und -zeiten
- Vollständige Kita-Beitragsfreiheit
- Gesundes und kostenloses Schul- und Kitaessen für alle Kinder
- Einführung qualifizierter Kinderbetreuung in Frauenschutzeinrichtungen
- Ein Förderprogramm für eine Freizeitbetreuung für Kinder vom 5. bis zum 8. Schuljahr

Schulen und Jugendarbeit:

- Ausbau und finanzielle Unterstützung von Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und integrativer Lerntherapie an den Schulen
- Früherkennung von individuellen Stärken und Schwächen schon im Vorschulbereich mit entsprechenden Kompensations- und Förderprogrammen

- Förderung und Ausbau der Gewaltprävention an Schulen
- Beibehaltung des beitragsfreien Schüler*innentickets
- Sicherung und Ausbau der Jugendhilfe und -pflege, von Jugendzentren und der aufsuchenden Jugendarbeit
- Unterstützung von Vereinen bei der Schaffung von zusätzlichen Jugendkoordinierungsstellen
- Erhalt der Bildungssozialarbeitendenstellen zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets durch anteilige Finanzierung

Erwachsenenbildung:

- Unterstützung der Erwachsenenbildung inklusive der Volkshochschule
- Erhalt und Ausbau der Angebote, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Förderung von öffentlichen Bibliotheken, Musikschule und der Volkshochschule
- Installierung von fahrbaren Bibliotheken für Kommunen ohne eigene Leihbibliotheken
- Wir setzen uns weiter für die Errichtung der Oberschulen in Bestensee, Schulzendorf und Friedersdorf ein, sowie für die Errichtung der gymnasialen Oberstufe in Groß Körös.
- enge Begleitung der Umbau/Rekonstruktionsmaßnahmen der beiden Gymnasien in Königs Wusterhausen
- vorantreiben der notwendigen Sanierungsmaßnahmen im Humboldt-Gymnasien Eichwalde

2. Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten und Unterstützung des Ehrenamtes

Kunst, Kultur und Sport übernehmen eine herausragende Rolle für das gemeinschaftliche Miteinander. Kunst, Kultur und Sport bringen Menschen zusammen und ermöglichen die Teilhabe an der Gesellschaft, welches die Grundlage für ein inklusives Zusammenleben darstellt. Wir verstehen den Zugang zu kulturellen und sportlichen Angeboten deshalb als unverzichtbaren Bereich der Daseinsvorsorge. Dies gilt insbesondere auch für Kinder, da Sport zu treiben, zu Tanzen oder zu Musizieren bereits im frühkindlichen Alter die Entwicklung fördern. Folglich ist es wichtig, dass Kultur-, Sport- und Freizeitangebote kein Luxusgut werden! Vielmehr sollen alle Menschen im Landkreis am kulturellen und sportlichen Leben teilhaben können, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Behinderungen, Einkommen etc. Dies gilt insbesondere für Kinder, DIE LINKE setzt sich daher konsequent für eine Verbesserung der aktuellen Rahmenbedingungen ein. All diese Bereiche funktionieren allerdings oft nur durch engagierte ehrenamtliche Personen. Bürgerschaftliches Engagement ist eine essenzielle Säule unserer Gesellschaft und verdient höchste Anerkennung. DIE LINKE versteht es als Aufgabe, das Ehrenamt zu unterstützen und eine Anerkennungskultur zu stärken.

- Einführung einer Ehrenamtskarte
- Vereinfachte Inanspruchnahme eines kommunalen Familien- beziehungsweise Sozialpasses
- Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren durch moderne Ausstattung und finanzielle Würdigung des Engagements der Kameradinnen und Kameraden
- Finanzielle und organisatorische Unterstützung für das Ehrenamt durch zum Beispiel mindestens eine hauptamtlich beschäftigte Ehrenamtskoordinierungsstelle
- Unentgeltliche Nutzung kommunaler Sportstätten für Kinder und Jugendliche
- Jedes Kind erhält zur Einschulung die Mitgliedschaft in einem Sportverein bzw. einer öffentlichen gemeinnützigen Einrichtung für darstellende bzw. bildende Kunst für ein Jahr geschenkt

3. Teilhabe und Partizipation

Inklusion ist ein Querschnittsthema, welches alle Lebensbereiche erfasst. Partizipation und Teilhabe am Leben sind unveräußerliche Menschenrechte. Eine umfassende Barrierefreiheit und gleichberechtigte Teilhabe in allen Alters- und Lebensbereichen sind jedoch in unserem Landkreis noch nicht erreicht. Zu oft werden Menschen noch ausgegrenzt. Wir benötigen deshalb eine effiziente, barrierefreie und bürger*innenfreundliche Struktur der Verwaltung und des Landkreises. Ein wichtiges Element zu mehr Teilhabe können Bürger*innenhaushalte sein. Hierzu sind das Haushaltsaufstellungs- und -umsetzungsverfahren transparent zu gestalten und die Einwohner*innen von Anfang an einzubeziehen. Teilweise sind Einwohner*innen unzufrieden mit der Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden und dass die erforderliche Einbeziehung von Einwohner*innen unterbleibt. Dem wollen wir entgegenwirken. In den Kommunalvertretungen und in den Gremien im Landkreis sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Damit fehlen bestimmte Lebenserfahrungen, Perspektiven und frauenspezifische Sichtweisen vor und bei Entscheidungen. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe ist die flächendeckende Digitalisierung DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Mobilfunk in allen Teilen unserer Region verlässlich empfangen werden kann und der Ausbau von Breitbandkabelanschlüssen schneller voranschreitet.

- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch mehr direkte Demokratie und Mitbestimmung und Stärkung der Einwohnendenbeteiligung
- Berücksichtigung der Belange älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen bei der Stadt- und Dorfentwicklung sowie der Gestaltung von Verkehrswegen und öffentlichen Einrichtungen
- Stärkung der Rechte und Einflussmöglichkeiten von Beiräten
- Förderung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen
- Schaffung notwendiger Freiräume für die eigenverantwortliche und selbstbestimmte Gestaltung von Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Schaffung und Finanzierung von interkulturellen Begegnungs- und Bildungsstätten
- Bürgernahe Planung, Diskussion und Kommunikation kommunaler Projekte
- Entgeltfreie Abgabe von Menstruationsprodukten an Schulen und öffentlichen Einrichtungen
- Erhalt und Neueinrichtung von Senior*innen- und Generationentreffs sowie generationenübergreifenden Begegnungsstätten und -projekten
- Finanzielle Unterstützung der Tafel
- Zügiger Ausbau eines schnellen Internets, Breitband- und Mobilfunkausbau als Erfordernis für die weitere Entwicklung und Ausgestaltung von Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und sozialer Kommunikation
- Ausbau von kostenlosem WLAN an öffentlichen Plätzen
- Flächendeckender Zugang zu Bargeld und Finanzdienstleistungen durch den Erhalt von Sparkassenfilialen und Geldautomaten
- Flächendeckender Zugang zu Postfilialen

4. Verbesserung der Mobilität und Infrastruktur

Mobilität ist für uns die Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe. Mobilität ist Daseinsvorsorge. Deshalb ist es unser Ziel, allen die Möglichkeit zu geben, mit wenig Aufwand an Zeit und Geld die Orte des täglichen Lebens gut zu erreichen. Gleichzeitig ist Mobilität ein entscheidender Baustein im Kampf gegen den Klimawandel. DIE LINKE setzt deshalb auf die Stärkung des Umweltverbundes aus Fahrrad, Fußverkehr und öffentlichen Verkehrsmittel. Dies bedeutet für uns den Ausbau von Fahrradwegen, die Verbesserung und Sanierung von Fußwegen, ein zügiger flächendeckender Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und ein barrierefreies und kostengünstiges Mobilitätsangebot für alle. Klimaschutz und soziale Teilhabe müssen hierbei Hand in Hand gehen. Wir brauchen eine echte soziale Verkehrswende, damit unser Landkreis auch für zukünftige Generationen lebenswert bleibt.

- Zügiger Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV): Gewährleistung eines zuverlässigen und bezahlbaren regionalen und überregionalen Angebots für Arbeitspendler*innen und Reisende
- Auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
- Konsequente Entflechtung von Fuß- und Radverkehr für ein besseres Miteinander im Straßenverkehr
- Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Anwohnenden bei Entscheidungen zum Straßenausbau
- Verbesserung der Situation an Haltestellen durch mehr Sitzmöglichkeiten und Mülleimer
- Besserer Anschluss peripherer Gebiete des Landkreises zum Beispiel durch Rufbusse und Mitfahrbanken
- Kürzere ÖPNV-Taktungen, gerade in den Ballungszeiten
- Einrichtung von Fahrrad-Reparaturstationen an Radwegen
- Erhalt und den Ausbau des Radwegenetzes zur Schulwegsicherung, touristischen Erschließung und zur Sicherung von Alltagswegen
- Ausgewogene Planung von Verkehrswegen zwischen fließendem Verkehr und Verkehrssicherheitsbedürfnissen der Anwohner*innen durch verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen

5. Bezahlbare Energie und Klimaschutz

Auch unser Landkreis wird immer heißer. Die Innenstädte verwandeln sich im Sommer zunehmend in eine Saunalandschaft. Wasser wird immer knapper. Von den Auswirkungen betroffen sind nicht nur besonders vulnerable Gruppen. Wir alle spüren die Folgen des Klimawandels. Guter Umwelt- und Klimaschutz ist also eine Grundvoraussetzung, um die Zukunft in Dahme-Spreewald lebenswert zu gestalten. Mit Solaranlagen auf privaten und kommunalen Dächern werden wir unabhängiger vom Strommarkt, mit der Erhaltung von innerstädtischen Grünanlagen sorgen wir für die nötige Erholung und erhalten gleichzeitig Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt.

- Verpflichtende Dach- und Fassadenbegrünung bei Neubauten
- Entwicklung dezentraler, lokaler bzw. kommunaler Energiekonzepte unter Bevorzugung erneuerbarer Energiequellen
- Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse und Verstärkung der Maßnahmen zur Wasserrückhaltung in der Landschaft
- Schutz der Spree und Ihrer Zuflüsse
- Hochwasserrisikomanagement
- Grundwassersicherung
- Förderung und Unterstützung von Umweltprojekten im Kreis

- Nachhaltiger Schutz unserer Natur durch den Erhalt der Wälder, Seen, Tier- und Pflanzenwelt zum Beispiel durch die Vermeidung der Versiegelung von Flächen
- Flächendeckende Einrichtung von leicht zugänglichen und kompatiblen E-Tankstellen
- Schaffung einer kreiseigenen Energie-Taskforce für direkte Hilfe an Kommunen zur Umsetzung der kommunalen Energieplanung
- Gewinne der Kommune über den Ausbau der „grünen Energie“ sollen zu 85% in die freiwilligen Ausgaben der Kommunen fließen

6. Soziales und bezahlbares Wohnen

Wohnraum bleibt einer der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. Die Mieten sind in den letzten Jahren nicht nur in den nördlichen Gemeinden, sondern auch im ländlichen Raum explodiert. Für viele Haushalte werden die steigenden Wohnkosten zunehmend zu einem Problem. Zusätzlich fehlt es an freien Wohnungen. Auch die Preise für Bauland sind in den letzten Jahren stetig nach oben gestiegen. Hier bedarf es ganzheitlicher Konzepte, welche an die Bedürfnisse der Menschen angepasst sind und einen wohnungsnahen Sozialraum wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser mitdenken. DIE LINKE will kreiseigene Grundstücke und Immobilien nicht verkaufen, sondern für den sozialen Wohnungsbau nutzen. Gemeinschaftliche, generationenübergreifende Wohnformen sollen gefördert werden. Für viele Wohnungslose ist die tierische Begleitung ein wichtiger Faktor, wir fordern daher die Einrichtung von Plätzen für Tier und Mensch in Obdachloseneinrichtungen.

- Förderung des sozialen und altersgerechten Wohnungsbaus sowie Schaffung von bezahlbarem kommunalem Wohnraum durch Bereitstellung kommunaler Grundstücke und 100%ige Übernahme der Erschließungskosten
- Erhalt und Gründung kommunaler Wohnungsunternehmen, keine Privatisierung
- Erweiterung der Wohnungstausch-Möglichkeiten bei kommunalen Gesellschaften unter Beibehaltung der Bestandsmiete, wobei die Kaltmiete auf die Person und nicht auf die Räumlichkeiten überschrieben wird, sodass eine Verkleinerung der Wohnung sich finanziell positiv auswirkt
- Berücksichtigung des örtlichen Mietpreisniveaus und des tatsächlichen Mietwohnungsangebotes als Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit des Wohnraums für Betroffene
- Einsetzen der Kommune, dass die durch die Bundesgesetzgebung entstehenden Kosten für die Kommunale Wärmeplanung vom Land bzw. Bund übernommen werden
- Regelmäßige Anpassung der Richtlinie zur Ermittlung der Kosten der Unterkunft an die tatsächliche Entwicklung der Heiz- und Betriebskosten
- Verhinderung einer räumlichen Abschottung von sozial benachteiligten und/oder zugewanderten Menschen durch geeignete wohnraumpolitische Konzepte
- Erhalt städtischer landwirtschaftlicher Nutzflächen
- Einrichtung von Plätzen für Tier und Mensch in Obdachloseneinrichtungen

7. Gesundheitliche Versorgung

Grundlage für ein Leben in Würde ist eine flächendeckende medizinische, psychologische und psychotherapeutische Versorgung in allen Kommunen unseres Landkreises. DIE LINKE fördert eine ortsnahe und ausreichende medizinische, psychologische und psychotherapeutische Grundversorgung. Dies bedeutet, dass der Zugang zu medizinischen, psychologischen und psychotherapeutischen Einrichtungen und Einrichtungen der Pflege für alle Einwohner*innen unseres Landkreises zeitlich und räumlich zumutbar gewährleistet sein muss.

- Erhalt der kreislichen Krankenhäuser und keine weiteren Privatisierungen
- Förderung der Niederlassung von Arzt*innen im ländlichen Raum, bspw. durch Anschubfinanzierung von Arztpraxen und Praxiseinrichtungen durch die öffentliche Hand, z. B. in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ)
- Wiederbelebung des Konzepts der Landambulatorien
- Eine wohnortnahe medizinische Betreuung
- Erhalt und Ausbau von Familien-, Schwangeren- und Schwangerenkonflikt-beratungen sowie eine bessere Hebammenversorgung
- Erweiterung des Netzes der Rettungswachen gemäß der 15-Minuten-Regel bis zur Ersthilfe
- Ausbau von Präventions- und Suchtberatungsangeboten
- Defibrillatoren für öffentliche Einrichtungen und an öffentlichen Orten

8. Nachhaltige Wirtschaft

Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region weiter voranbringen. Die kommunalen Unternehmen sind dabei tragende Säulen unserer Wirtschaft und der Daseinsvorsorge. Als LINKE stehen wir entschieden gegen deren Privatisierung. Die Vielfalt des regionalen Handwerks soll von einer bewusst für die Region ausgestalteten Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der Investitionen der Eigenbetriebe und kommunalen Unternehmen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge profitieren. Ziel muss es sein, gute nachhaltige Arbeitsplätze in der Region zu sichern und Unternehmen zu gewinnen, die neue und gute nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Städte und Gemeinden brauchen dauerhafte und verlässliche Einnahmen, um ihre vielfältigen Aufgaben erledigen zu können. DIE LINKE wird alle Möglichkeiten nutzen, um die finanzielle Ausstattung der Kommunen wieder zu verbessern. Eine Besonderheit ist der Flughafen im Landkreis. Das BER-Flughafenumfeld bietet die Chance, zu einer Region mit hochwertiger Infrastruktur, modernen Siedlungsflächen und breitgefächelter Wirtschaft entwickelt zu werden. Die Grundbedingungen für die Akzeptanz des Flughafens bleiben dabei ein striktes Nachtflugverbot, ein umfassender aktiver und passiver Schallschutz sowie eine gute infrastrukturelle Einbindung in das Umland.

- Förderung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen
- Erhalt und Stärkung des kommunalen Eigentums
- Fortführung der langfristigen Konzepte zur Unterstützung finanzschwacher Gemeinden, insbesondere beim Zugang zu Förderprogrammen
- Offenlegung der Kalkulationsgrundlagen für Gebühren und Beiträge und Hilfe bei der Antragsstellung durch mehr Anlaufstellen sowie bei Bedarf aufsuchende Hilfe
- Gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung als Voraussetzungen und Qualitätsstandard bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
- Ansiedelung und Förderung von Unternehmen, die in der E-Mobilität aktiv sind, zur Schaffung hochwertiger, qualifizierter und zukunftsorientierter Arbeitsplätze
- Betrieb des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER) im Einklang mit den berechtigten Forderungen der Menschen im Umland und in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben

- Konsequentes Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 06:00 Uhr
- Festlegungen von Schutzmaßnahmen in Bezug auf Flug-, Straßen- und Bahnlärm
- Konzept zur Entwicklung des Flughafenumfeldes
- Förderung von kleineren und mittleren Gewerberäumen

9. Gegen Fremdenhass, Diskriminierung und Rassismus

Wir stehen als LINKE für die Gleichberechtigung aller Menschen - egal welchen Geschlechts, der Herkunft oder des Alters. Deshalb setzen wir uns solidarisch weiter für die Rechte aller von Diskriminierung betroffenen Personen ein. Wir möchten eine Gemeinschaft, die geprägt ist von Akzeptanz und Unterstützung. Die Kommune hat die Aufgabe, diese Gleichstellung uneingeschränkt mitzudenken und mitzugestalten. Den alten und neuen Nazis wollen wir kein Stück unserer Landkreise überlassen - weder auf der Straße noch in den Parlamenten. DIE LINKE unterstützt deshalb aktiv die zivilgesellschaftlichen Initiativen in unserer Region sowie die Schaffung und Stärkung ausreichender Beratungs-, Bildungs-, Hilfs- und Präventionsangebote. Zuwanderung begreifen wir als Chance. Gelungene Integration stärkt das Gemeinwesen, muss aber unterstützt und begleitet werden. Unser Ziel ist es, ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller Menschen im Landkreis zu ermöglichen.

- Verteidigung der demokratischen Grundwerte gegen die zunehmenden antidemokratischen Entwicklungen
- Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in jedweder Form
- Unterstützung der Forderung nach einer Beratungsstelle zu häuslicher Gewalt im Landkreis
- Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, z.B. über regelmäßige Berichterstattungen an die Kommunalvertretungen und stärkere finanzielle Förderung der Frauenwoche
- Sensibilisierung für Diskriminierung und die migrationsgesellschaftliche Öffnung der Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch regelmäßige Fortbildungen der Mitarbeitenden sowie entsprechende Einstellungskriterien in der Verwaltung
- humanitärer Umgang mit zugewiesenen Asylbewerber*innen durch Zur Verfügung-Stellung von dezentralem Wohnraum
- Stärkung aller Initiativen, die sich für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft engagieren
- Rasche und nachhaltige Integration geflüchteter Menschen in das kommunale Leben und die Arbeitsprozesse
- Erleichterungen bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen, die Feststellung mitgebrachter Qualifikationen und bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung bei Zugewanderten
- Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle im Landkreis
- Verhinderung des Betriebs eines Abschiebedrehkreuzes am BER
- Erneuerung der KZ-Gedenkstätte Lieberose und Erhalt antifaschistischer Erinnerungsorte (Denkmäler, Grabsteine, Straßennamen, Stelen)
- Keine Benennung von Plätzen, Straßen und Orten nach Faschist*innen, Kriegsverbrecher*innen und Rüstungsproduzent*innen.

10. Förderung der Landwirtschaft und des Tierschutzes

Ein großer Teil unseres Landkreises hat ländlichen Charakter. Dieser Teil ist geprägt von reizvollen Landschaften, landwirtschaftlich genutzten Flächen und einem hohen Anteil an geschützten Gebieten wie den Biosphärenreservaten und Naturparks. Die Agrarwirtschaft bietet anspruchsvolle Arbeits- und Ausbildungsplätze und ist maßgeblich beteiligt an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens im Dorf. Dazu gehört auch der Auf- und Ausbau von Angeboten zur Kommunikation, Kultur, Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung durch multifunktionale Dorfzentren. Arbeiter*innen und Angestellte in der Landwirtschaft tragen eine hohe Verantwortung für die Produktion von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln sowie für den Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt. DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die den ökologischen und sozialen Anforderungen gerecht wird und den Ansprüchen und Erwartungen der Verbraucher*innen oberste Priorität einräumt.

- Stärkung und Weiterentwicklung regionaler Produktions- und Absatzketten sowie für die Direktvermarktung der Produkte
- Förderung des Einsatzes regionaler Produkte in kommunalen Mensen, Schul- und Kitaküchen
- Stärkung des ökologischen Landbaues
- Gewährleistung einer stärkeren Transparenz hinsichtlich Haltungsbedingungen, Tierwohl und Tiergesundheit
- Unterstützung des regionalen Tierheimes